

# Pressekonferenz „Global aber gerecht. Klimawandel bekämpfen, Entwicklung ermöglichen“

Berlin, 16. September 2010

Statement Prof. Dr. Johannes Wallacher

Institut für Gesellschaftspolitik

**SPERRFRIST: Donnerstag, den 16. September 2010, 10.00 Uhr**

(Es gilt das gesprochene Wort.)

In der Studie haben Klimawissenschaftlerinnen, Ökonomen, Ethiker und Entwicklungsexperten zusammengearbeitet. Damit konnten die vielfältigen Wechselwirkungen zwischen Klimawandel und Entwicklungsfragen erfasst und die Gerechtigkeitsfrage systematisch auf die verschiedenen Facetten des Themas hin ausbuchstabiert werden. Denn der Klimawandel ist nicht nur ein technisches oder ökonomisches Problem, sondern lässt sich nur bewältigen, wenn die zentralen Gerechtigkeitsfragen, die sich in diesem Kontext stellen, berücksichtigt werden.

Das zentrale Gerechtigkeitsproblem besteht darin, dass die armen Menschen, Länder und Regionen, die am wenigsten zum Klimawandel beigetragen haben, besonders stark von seinen negativen Folgen betroffen und zudem viel weniger in der Lage sind, sich an die veränderten Bedingungen anzupassen. Dass wird gerade in den Diskussionen in Deutschland viel zu wenig beachtet. Der Klimawandel ist, so eine der zentralen Botschaften aller Dialogforen im Rahmen des Projekts, in den Entwicklungsländern angekommen und gefährdet bereits jetzt grundlegende Menschenrechte vieler Menschen. Das Recht auf Leben, auf ausreichend Nahrung oder Entwicklung werden durch den Klimawandel massiv verletzt. Klimawandel macht, wie es eine NGO-Vertreterin aus dem Niger ausgedrückt hat, aus Armut Elend und vermindert schon heute ihre Chancen, extreme Armut und Unterentwicklung überwinden zu können.

Wer das Thema Gerechtigkeit wirklich Ernst meint, muss deshalb Klimaschutz und Entwicklungsfragen systematisch miteinander verbinden. Genau diese Vernetzung findet in der aktuellen politischen Debatte zu wenig statt. Diese Botschaft möchten wir der Politik ins Stammbuch schreiben.

Eine gemeinsame ethische Zielperspektive für die notwendige Verschränkung von Klima- und Entwicklungspolitik kann nur eine klimaverträgliche Entwicklung für alle Menschen sein – und zwar unabhängig davon, wo und wann sie leben. Dies folgt aus den Menschenrechten, die bei der Bewertung von Klimafolgen eine wichtige Rolle spielen müssen. Sie sind der zentrale ethische Maßstab nicht nur für die Entwicklungspolitik, sondern auch für die Klimapolitik. Von dieser menschenrechtlichen Perspektive her lassen sich drei Dimensionen der Gerechtigkeit bestimmen, an denen sich jede Klima- und Entwicklungspolitik messen lassen muss: 1.) Alle Menschen müssen ihre wesentlichen Bedürfnisse angemessen decken können; sie brauchen 2.) gleiche Handlungschancen, z.B. was den Zugang zu einer klimaverträglichen Energieversorgung angeht; und sie müssen 3.) alle die Möglichkeit

haben, sich über faire Verfahren auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene angemessen in die Gestaltung klima- und entwicklungspolitischer Institutionen einzubringen. Die derzeitigen politischen Verfahren der Staatengemeinschaft zur Armutsbekämpfung („Millenniumsentwicklungsziele“) wie auch zum Klimaschutz weisen diesbezüglich große Defizite auf, da die Vertreter der ärmeren Länder noch immer nicht angemessen eingebunden werden.

Wenn man diese Maßstäbe zugrunde legt, ergeben sich drei Anforderungen an eine aufeinander abzustimmende Klima- und Entwicklungspolitik:

Den Klimawandel durch eine zügige Minderung der weltweiten Treibhausgasemissionen so zu begrenzen, dass zukünftige Folgen des Klimawandels noch zu bewältigen sind. Das 2°C-Ziel und gleiche Emissionsrechte für alle Menschen sind dabei wichtige Forderungen der Gerechtigkeit.

Ebenso notwendig ist es, alle Menschen dazu zu befähigen, sich an die unvermeidbaren Klimafolgen anpassen zu können. In Kopenhagen wurden zwar erste Schritte in dieser Richtung vereinbart; sie reichen jedoch bei weitem nicht aus. Dringend notwendig ist v.a. eine entwicklungsverträgliche Ausgestaltung der Anpassung, um die möglichen Synergien bestmöglich nutzen zu können.

Gleichzeitig muss man die Probleme weltweiter Armut, die auch unabhängig vom Klimawandel bestehen, weiter entschlossen angehen. Klimaschutz darf nicht auf Kosten von Entwicklung geschehen, indem man etwa die Bemühungen um gerechte Strukturreformen der Weltwirtschaft vernachlässigt, oder für die Armutsbekämpfung bestimmte Mittel für Klimaschutz oder Anpassungsmaßnahmen umwidmet. Allzu oft werden Klima- und Entwicklungspolitik gegeneinander ausgespielt.

Diese drei Anforderungen lassen sich sowohl finanziell wie auch technisch zusammen bewältigen. Eine politische Gesamtbetrachtung von Klimaschutz und Entwicklung ist möglich, wenn sich die Staatengemeinschaft auf ein Gesamtpaket von Maßnahmen zur Emissionsminderung, zur Anpassung an den Klimawandel und zur Entwicklungspolitik in einem Global Deal für Klima und Entwicklung verständigt. Dies ist eine Forderung der Gerechtigkeit, aber auch ein Gebot politischer Klugheit. Denn die Weltgemeinschaft steht vor einer klaren Alternative: Entweder sie setzt langfristig die Existenz aller aufs Spiel, weil die negativen Folgen von Klimawandel und extremer Armut auch auf die Wohlstandsländer rückwirken werden. Oder die Weltgemeinschaft beginnt eine neue Ära der Kooperation, baut Vertrauen auf und schafft die institutionellen Voraussetzungen dafür, um den Klimawandel bekämpfen und gleichzeitig Entwicklung für alle ermöglichen zu können.

Die Industrieländer stehen in dieser Hinsicht in besonderer Verantwortung; weniger weil sie bisher ungleich mehr Treibhausgase verursacht haben, sondern weil sie über deutlich mehr finanzielle, ökonomische und technische Kapazitäten sowie den notwendigen politischen Einfluss verfügen. Sie müssen sich daher für eine partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den Schwellen- und Entwicklungsländern einsetzen, in der alle Beteiligten Verpflichtungen eingehen – zum Beispiel im Hinblick auf die Anerkennung der Menschenrechte oder die Aushandlung und verbindliche Einhaltung gemeinsamer Klimaschutzziele.

Dabei kommt es besonders auf die Staaten und ihre Regierungen an, weil sie für die notwendigen Strukturreformen und die entsprechenden Verfahren politisch verantwortlich sind. Neben politischer Führungskraft brauchen wir gleichzeitig auch eine breite Allianz gesellschaftlicher Kräfte im Norden wie im Süden, welche den notwendigen Wandel von der Basis her einfordern und selbst vorantreiben, angefangen von Nichtregierungsorgani-

sationen und Kirchen über Wissenschaft bis hin zu innovativen Unternehme(r)n. Die Zusammenarbeit der vier Partner der vorliegenden Studie ist selbst Ausdruck dafür, dass es möglich ist, jenseits traditioneller Grenzen zwischen Zivilgesellschaft und Privatwirtschaft neue Formen einer „Koalition der Willigen“ zu bilden. Wir brauchen viele solcher Allianzen auf lokaler, nationaler und globaler Ebene, die bereit sind, gewohnheitsmäßige Einstellungen in Frage zu stellen, ihr persönliches Verhalten zu ändern und gesellschaftliche Leitbilder zu schaffen, die eine klimaverträgliche Entwicklung für alle fördern. Denn die notwendigen Reformen der politischen Rahmenbedingungen werden sich nur durchsetzen lassen, wenn breite gesellschaftliche Kreise dies einfordern und ihre Bereitschaft signalisieren, diese Reformen zu unterstützen.

In diesem Sinne ist die Studie auch eine Aufforderung dazu, sich an solchen Allianzen zu beteiligen.